

**1) Welche Maßnahmen verfolgen Sie und Ihre Partei, um die Gleichstellung von Frauen und Männern in Gesellschaft, Politik und in der Familie herzustellen?**

Unser Ziel ist eine vollständige Gleichstellung von Frauen und Männern in allen Bereichen der Gesellschaft.

In der Arbeitswelt muss Schluss sein mit den Gehaltsunterschieden zwischen Frauen und Männern. Ganz oben auf der Agenda stehen daher für uns ein **Mindestlohn von 1.700 Euro steuerfrei** und ein **Lohngesetz** nach dem Vorbild von Island, **das Lohntransparenz schafft** und die Firmen dazu verpflichtet, die faire Bezahlung von Frauen und Männern zu dokumentieren.

Das Grundprinzip des gleichen Einkommens für gleichwertige Arbeit in unserer modernen und aufgeklärten Gesellschaft sollte ebenso eine Selbstverständlichkeit sein, wie die gleichberechtigte Teilhabe an politischer Macht, Einflussmöglichkeiten und Entscheidungen. Im Aufsichtsrat von großen Unternehmen ist es uns gelungen, eine 30-Prozent Quote durchzusetzen. Nächster Schritt sind **Quoten in Geschäftsführungen von Unternehmen**.

**Im Parlament** wird es in Zukunft für einen höheren Frauenanteil, der über eine 40 Prozent Quote hinausgeht, eine höhere Klubförderung geben. Unser Ziel ist ein **Frauenanteil von 50 Prozent und halbe/halbe in allen Bereichen**.

Die jüngst von der SPÖ durchgesetzten **Berücksichtigung von Karenzzeiten bei Gehaltsvorrückungen und der Rechtsanspruch auf einen Papa-/Babymonat bringen mehr Chancengerechtigkeit im Bereich der Familie**. Jetzt muss es rasch weitergehen. Wir wollen die **Arbeitszeiten für einen Vollzeitjob verkürzen**. Das macht eine faire Aufteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit von Frauen und Männern einfacher. Außerdem wollen wir eine **Ausbauoffensive im elementarpädagogischen Bereich. Kindergärten müssen flächendeckend** ganztägig geöffnet sein, ohne Schließtage und öffentlich finanziert. Außerdem fordern wir einen Rechtsanspruch auf einen Kinderbetreuungsplatz ab dem 1. Lebensjahr und ein zweites gratis Kindergartenjahr. Aber auch der zügige **Ausbau von Ganztagschulen**, Schulen ohne Hausübungen, mit qualitativem, kostenlosem Mittagessen und Freizeitangebot muss bis 2025 soweit fortgeschritten sein, dass jede Familie ein ganztägiges Betreuungsangebot im Umkreis von 20 km vorfindet. Damit geben wir Frauen und Männern die Chance Arbeit und Familie miteinander zu vereinbaren.

Auch bei der Höhe der **Pensionen** gibt es noch erhebliche Unterschiede. Um diese zu verkleinern, wollen wir u.a., dass gesellschaftlich wichtige, aber unbezahlte Arbeit wie Kinderbetreuung und Pflege zukünftig stärker in unserem Pensionssystem berücksichtigt

werden. So fordern wir bspw. eine **bessere Anrechnung der Kindererziehungszeiten** (statt 110 Euro künftig 160 Euro pro Monat). Diese **50 Euro mehr** gelten auch für Frauen, die bereits in Pension sind. Profitieren werden von dieser Maßnahme rund 750.000 Pensionistinnen, aber natürlich auch Männer, wenn sie die Kinderbetreuung übernommen haben.

**2) Gewalt wird vorwiegend von Männern ausgeübt. Mit welchen Vorhaben wollen Sie männliche Gewalt an Frauen und mit welchen die unter Männer eindämmen?**

**a. Wie gedenken Sie die Täterarbeit und den Opferschutz in Österreich zu stärken?**

Im Bereich des Opferschutzes wollen wir **Gewaltschutzeinrichtungen, Mädchen- und Frauenberatungseinrichtungen ausbauen und finanziell absichern**. Es braucht mindestens einen Frauenhausplatz pro 10.000 EinwohnerInnen. Dafür fordern wir ein **Soforthilfepaket von 3 Millionen Euro** (2 Mio. Euro für Frauenberatungseinrichtungen 1 Mio. Euro für Männerberatung und Täterarbeit). Auch die Präventionsarbeit muss dringend mehr Mittel erhalten, um die Gewalt an Frauen und Mädchen an der Wurzel zu bekämpfen. Wichtig sind dabei der Dialog mit den ExpertInnen und das Einbeziehen der Opferschutz- und Fraueneinrichtungen. Die SPÖ unterstützt den Vorstoß von Frauenministerin Ines Stilling, **in jedem Bundesland eine Beratungsstelle für sexuelle Gewalt** zu schaffen. Bisher gibt es diese Beratungsstellen in nur fünf Bundesländern. Die nächste Regierung muss das Frauenbudget deutlich erhöhen. Im Bereich der TäterInnenarbeit wollen wir die gesetzlichen Grundlagen für **verpflichtende Anti-Gewalt-Training** schaffen. Für die freiwillige Teilnahme an Anti-Gewalt-Trainings sind **Informationskampagnen** vorzusehen. Eine entsprechende Budgetierung ist sicherzustellen.

**b. Mit welchen Maßnahmen wollen Sie von Gewalt betroffene Männer unterstützen?**

Präventions- und Interventionsarbeit steht im Mittelpunkt des Umgangs mit Männlichkeitsbildern und dem Rollenverständnis von Männern, die von Gewalt betroffen sind. Die SPÖ fordert daher ein Soforthilfepaket von **1 Mio. Euro für Männerberatung und Täterarbeit** im Rahmen eines Soforthilfepaketes. **Anti-Gewalttrainings und Informationskampagnen** sind weitere wichtige Bausteine.

**3) Männer haben zum Zeitpunkt der Geburt eine kürzere Lebenserwartung als Frauen. Welche Maßnahmen zur Förderung eines Gesundheitsbewusstseins und zur Eindämmung von Risikofaktoren bei Männern werden in Ihrem Gesundheitsprogramm vorkommen?**

Die kürzere Lebenserwartung von Männern lässt sich zum Teil darauf zurückführen, dass Männer weniger zum Arzt oder zu Voruntersuchungen gehen. Eine wichtige Maßnahme sind daher **männerspezifische Aufklärungskampagnen**.

Wir wollen das Gesundheitssystem durch folgende Maßnahmen verbessern:

- **Wartezeiten-Limits** für Termine bei AllgemeinmedizinerInnen, FachärztInnen, in der Spitalsambulanz sowie einer Krankenanstalt.

- **Forcierung des Ausbaus der Primärversorgungseinheiten (PVE):** das sorgt für eine bessere Versorgung mit Fachärzten und für bessere Öffnungszeiten - vor allem an den Tagesrandzeiten und am Wochenende.
- **Eine Gesundheits-App** für alle Österreicherinnen und Österreicher, die u.a. eine Automatische Erinnerungen für Arztbesuche (Vorsorgeuntersuchungen, Zahnarztkontrollen), Informationen über Apotheken- und Ärztedienst am Wochenende und einen elektronischen Impfpass inkl. Erinnerungen für Auffrischungsimpfungen enthält.

#### 4) Österreichs Männer weisen im EU-Vergleich überdurchschnittlich lange Arbeitszeiten auf. Welche Unterstützung können sich Männer von Ihnen erwarten, um in der Familie als Vater präsent sein zu können?

Um Frauen und Männern eine bessere Balance zwischen Familie und Arbeit zu ermöglichen und Männern die Chance zu geben grade auch in den ersten Lebensmonaten mehr Zeit mit dem Kind verbringen zu können, hat die SPÖ den Rechtsanspruch auf einen Papa-/Babymonat durchgesetzt. In einem nächsten Schritt wollen wir einen **bezahlten Papa-Monat** in die Umsetzung bringen. Die **Verkürzung der Vollarbeitszeiten** soll es in Zukunft vor allem Männern ermöglichen mehr Zeit mit der Familie zu verbringen. Eine faire Aufteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit von Frauen und Männern wird dadurch wesentlich einfacher. Im Nationalrat konnte die SPÖ kürzlich erreichen, dass man nach 45 Arbeitsjahren wieder abschlagsfrei mit 62 Jahren in Pension gehen kann. Von der Neuregelung profitieren rund 6.900 Männer pro Jahr.

#### 5) Frauen sind in der Pflege überrepräsentiert. Wie wollen Sie Männer motivieren, sich an der pflegenden Sorge an alten, kranken und sterbenden An- und Zugehörigen zu beteiligen?

Rollenbilder und Stereotypen schränken Burschen und Mädchen noch immer in der Gestaltung ihrer Lebensrealitäten ein. Darüber hinaus spielen finanzielle und zeitliche Gründe eine wichtige Rolle.

Zum einen ist es unser Ziel **Jungen und Mädchen** bereits in jungen Jahren dazu zu **ermutigen, nicht in klassischen Rollenbildern aufzugehen**. Das beginnt schon ganz früh: in der Familie, im Kindergarten, in der Schule. PädagogInnen sollen bereits in der Ausbildung stärker sensibilisiert werden. Auf diese Weise wollen wir erreichen, dass bereits für Mädchen und Burschen klar ist, dass Haushalt, Erziehung und Pflege Arbeiten sind, die ganz selbstverständlich auch von Männern übernommen werden können.

Um die zeitlichen und finanziellen Hindernisse auszuräumen, spielen die in den Fragen 1 und 4 genannten Maßnahmen eine wichtige Rolle: **also bessere Verdienstchancen von Frauen, bessere Kinderbetreuung und die Reduzierung der Vollarbeitszeit bei vollem Lohnausgleich.**

Außerdem wollen wir pflegende Familien durch die folgenden Maßnahmen entlasten:

- **Rechtsanspruch auf leistbare Pflege:** JedeR hat das Recht, in Würde zu altern - frei von Existenzängsten. Damit bekommen alle einen Rechtsanspruch auf hochwertige Pflege, ob zu Hause oder im Heim - staatlich finanziert und garantiert.

- **Einrichtung eines staatlichen Pflegegarantiefonds** aus dem die Pflege - mobil und im Heim – finanziert wird.
- **Rechtsanspruch auf Pfl egeteilzeit oder Pflegekarenz**, damit man im Notfall nicht BittstellerIn ist.
- **Ausbau von Betreuungsangeboten**, wie z.B. Weiterentwicklung der 24-Stunden-Betreuung in eine Alltagsbetreuung.
- **Informationsoffensive durch das Pflegeservice**, damit pflegende Angehörige auch ihre Rechte und Möglichkeiten (zB. kostenlose Pensionsversicherung) kennen und in Anspruch nehmen.

**6) Junge Männer mit internationaler Familiengeschichte verlassen das Bildungssystem deutlich früher als andere junge Männer. Wie unterstützen Sie die Chancengleichheit im Bildungssystem?**

Bei uns soll jedes Kind, das in Österreich lebt, egal woher es selbst oder die Eltern kommen, die gleichen Chancen haben. Dazu müssen wir jene mit Sprach-, Lern oder sozialen Schwierigkeiten besser unterstützen. Je früher ein Kind mit Migrationshintergrund Deutsch spricht, umso besser. Daher wollen **wir zwei verpflichtende, kostenlose Kindergartenjahre für frühe sprachliche Förderung.**

Für die Schulen wollen wir wieder einen **Integrationstopf einrichten, aus dem zusätzliche SprachlehrerInnen, Teams aus PsychologInnen und SozialarbeiterInnen finanziert werden** sollen – davon profitieren dann auch die SchülerInnen ohne Migrationshintergrund.

Außerdem fordern wir einen **Chancenindex**. Derzeit macht es keinen Unterschied, wo sich eine Schule befindet und mit welchen besonderen Herausforderungen die Schule konfrontiert ist. Damit lassen wir Kinder zurück, gefährden die Integration und verbauen spätere Arbeitsmarktchancen. Wir wollen die Mittel nach dem tatsächlichen Bedarf verteilen. Hierzu kommt der sogenannte „Chancenindex“ zur Anwendung. Je größer die Probleme an einer Schule, desto mehr LehrerInnen sollen in Zukunft zum Einsatz kommen. Das löst einen Bedarf von ca. **5.000 zusätzlichen LehrerInnen** aus, die wir nach diesen Gesichtspunkten in Österreich verteilen wollen.